

BOUFFIERS VERSÄUMNISSE RÄCHEN SICH

POLIZEIDIENST AM LIMIT

Die SPD fordert, die Polizei in Hessen besser auszustatten und wieder zu motivieren. Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Nancy Faeser**, kritisierte, dass in der Verantwortung der CDU-geführten Landesregierungen „der Dienst am Limit zum Dauerzustand“ geworden ist. Sie dankte der hessischen Polizei für den engagierten Dienst unter sehr schwierigen Bedingungen.

Ihre Leistung gehe deutlich über die reine Pflichterfüllung hinaus „Aber bei den Beamtinnen und Beamten, die Tag für Tag unsere Sicherheit garantieren, herrscht mittlerweile eine extreme Unzufriedenheit. Die demotivierenden und demoralisierenden Bedingungen, unter denen die Polizei in Hessen arbeiten

muss, sind das Ergebnis von Desinteresse und Gleichgültigkeit der CDU-Innenminister seit 1999. Dabei reden wir vor allem von Fehlern in der elfjährigen Ministerzeit von Volker Bouffier.“

Mehr als drei Millionen Überstunden und ein durchschnittlicher Krankenstand von 30 Tagen im Jahr sprächen Bände. Bis 2009 seien 720 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Tarifbereich gestrichen



FOTO: MARTINA HAUSL-DAVID

worden. Mit 42 Wochenstunden habe die hessische Polizei die längste Arbeitszeit in Deutschland. Darüber hinaus habe das Land die Beihilfe im Krankheitsfall, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld gekürzt oder gestrichen.

HESSENS POLIZEI UNTER DRUCK

- MEHR ALS 3 MIO. ÜBERSTUNDEN
- 42-STUNDEN-WOCHE
- SONDEROPFER BEIM GEHALT
- HOHER KRANKENSTAND
- ÜBER 1300 STELLEN GESTRICHEN

Grafik: Geri-Uwe Mende / Foto: Picture-Factory, fotolia.com

Faeser kritisierte auch die Besoldungspolitik von Schwarz-Grün. Es sei nicht verwunderlich, dass bei der Polizei der Unmut wachse, nachdem die Beamtinnen und Beamten 2015 zu einer Nullrunde verdonnert und im Jahr danach wieder von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgekoppelt worden seien.

LEHRERMANGEL - OFFENBARUNGSEID DES KULTUSMINISTERS

Kurz vor Beginn der Plenarwoche hat Kultusminister Lorz (CDU) angekündigt, pensionierte Lehrer für den Unterricht an den Grund- und Förderschulen zu reaktivieren. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Christoph Degen**, nannte diese Ankündigung „einen bildungspolitischen Offenbarungseid“. Die Landesregierung stolpere über ihr seit vielen Jahren kultiviertes Nichtstun bei der Lehrerausbildung. „Lehrermangel

kommt nicht über Nacht, sondern lässt sich weit im Voraus absehen.“ Die CDU-geführte Landes-



regierung habe über Jahre hinweg versäumt, ausreichend Grund- und Förderschullehrkräfte auszubilden und die Fort- und Weiterbildung auszubauen. „Offensichtlich ließ sich der Lehrermangel nicht mehr länger verbergen, deswegen

war Kultusminister Lorz gezwungen, die Operation ‚Pensionäre in die Klassenzimmer‘ auszurufen“, sagte Degen. Es räche sich, dass die Landesregierung es versäumt habe, attraktive Bedingungen für angehende Lehrkräfte zu schaffen. Jahrelang sei zu Lasten der Lehrkräfte und ihrer Arbeitsbedingungen gespart worden, so dass sich viele junge Pädagoginnen und Pädagogen attraktivere Stellen in anderen Bundesländern suchten.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

VERFASSUNGSSCHUTZ ENDLICH REFORMIEREN

Noch immer lässt der Gesetzentwurf für eine Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz und für eine bessere parlamentarische Kontrolle auf sich warten. Der Parlamentarische Geschäftsführer **Günter Rudolph** hat die schwarz-grüne Landesregierung und den hessischen Innenminister dafür scharf attackiert. „Wir



fordern ein modernes Gesetz für das Landesamt für Verfassungsschutz, das auch die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes maßgeblich verbessert. Die ersten Entwürfe der Hessischen Landesregierung vom Oktober 2014 wurden von der NSU-Expertenkommission im Oktober



2015 als verfassungswidrig abgelehnt. Seither, also seit immerhin eineinhalb Jahren, warten wir auf die Vorlage eines neuen, verfassungsgemäßen Gesetzentwurfs. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist nichts passiert.“

FOTO: KREIZHORSE - FOTOLIA

PRESSEFREIHEIT VERTEIDIGEN

Die SPD-Landtagsabgeordnete **Handan Özgüven** hat zur Verteidigung der Pressefreiheit aufgerufen und den Umgang der AfD mit Journalisten scharf kritisiert. „Im rechten Milieu wird die freie Berichterstattung nicht nur behindert, sondern Journalisten sind vielmehr regelrecht Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt. Das können und wollen wir nicht akzeptieren“, so Özgüven. Alle demokratischen Kräfte und Parteien müssten das hohe Gut der Pressefreiheit gemeinsam verteidigen.



Position der SPD zum Ausdruck gebracht: „Der Streik ist richtig, denn Respekt haben die Busfahrerinnen und -fahrer allemal verdient. Sie fahren Tag für Tag und tragen dabei Verantwortung für viele Menschen. Deshalb ist auch ihre Forderung nach einem Stundenlohn von 13,50 Euro völlig angemessen.“ Die CDU geführten Landesregierungen hätten die Weichen für einen ruinösen Wettkampf mit Verdrängungswettbewerb und Lohndumping gestellt.



durch den Terrorismus, der Debatte um den Umgang mit der Türkei und des Brexits brauchen wir ein starkes und geeintes Europa. Seit verganginem Freitag haben wir nun auf der anderen Seite des Atlantiks auch noch einen US-Präsidenten Trump, der Europas Staatenbund für ein Auslaufmodell hält“, sagte Waschke. Man müsse zudem alles daran setzen, das Erstarken von populistischen Parteien in Europa zu verhindern.



FAIRE BEDINGUNGEN FÜR BUSFAHRER

Zur aktuellen Tarifaueinandersetzung um Löhne und Arbeitsbedingungen für hessische Busfahrer hat der arbeitsmarktpolitische Sprecher **Wolfgang Decker** die klare

EUROPÄISCHE IDEE NICHT AUFGEBEN

In der Europa-Debatte hat die europapolitische Sprecherin **Sabine Waschke** Anstrengungen aller Institutionen und demokratischen Parteien gefordert, um die europäische Idee aufrechtzuerhalten. „In Zeiten der Flüchtlingskrise, des Erstarkens nationalstaatlicher Interessen, der steigenden Bedrohung

Impressum
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Gerfried Zluga-Buck
Christoph Gehring
Martina Häusl-David
Valeska Fuhr



CHRONOLOGIE DES SCHEITERNS

Wie die Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zur Stiftung „Miteinander in Hessen“ bestätigt, erweist sich deren kurze Geschichte als Chronologie des Scheiterns.



„Sämtliche Voraussetzungen, die bei der Gründung ohne Prüfung behauptet wurden, haben sich als falsch erwiesen“, kritisiert **Ulrike Alex**.

So sei es nicht gelungen, Dritte zu für Zustiftungen zu gewinnen und nennenswerte Erträge zu erzielen. Die Haupteinnahmequelle der Stiftung sei Geld aus dem Landeshaushalt, mit dem verschwenderisch umgegangen worden sei, das Personal habe inzwischen komplett gewechselt.

VERTRAUVENSVORSCHUSS

Der Landtag hat Prof. Dr. Roman Poseck zum Präsidenten des Hessischen Staatsgerichtshofs gewählt. Die SPD-Fraktion hat dem Vorschlag von CDU und Grünen zugestimmt. Dies sei ein Vertrauensvorschuss gegenüber dem neuen Gerichtspräsidenten im Hinblick auf die juristische und politische Unabhängigkeit seiner Amtsführung, sagte der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

HILFE FÜR EINEN GUTEN START INS LEBEN

Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammen in Hessen hat **Dr. Daniela Sommer** gefordert. „Medien berichten seit geraumer Zeit über eine angespannte Versorgungslage bei der Geburtsvorbereitung, der Geburtsnachsorge und in der Geburtshilfe selbst. Werdende Mütter klagen, dass es ihnen nicht gelingt, eine Hebamme zu bekommen. Es ist von einem deutlichen Mangel auszugehen, da viele Hebammen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufgegeben haben.“ Die SPD fordere ein datenbasiertes Konzept für die geburtshilfliche Versorgung. Nur die Hälfte aller Entbundenen im Wochenbett würden laut Hessischen Hebammenverband

in Frankfurt von einer Hebamme betreut. Diese katastrophale Entwicklung sei aber auch beispielsweise im Odenwald-Kreis oder in Nordhessen zu beobachten.



„Frauen finden keine Hebammen und fühlen sich mutterseelenallein, mit 1000 Fragen, Sorgen und Unsicherheiten. Wir fordern Hilfe für einen guten Start ins Leben.“



HEBAMMEN SORGEN FÜR EINE GUTE BETREUUNG SCHWANGERER.

FOTO: KZENON - FOTOLIA

DURCHLÄSSIGKEIT IM BILDUNGSSYSTEM

Eine grundsätzliche Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem hat **Heike Habermann** gefordert: „Das Ziel, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu verbessern, wird von der SPD uneingeschränkt geteilt. Deshalb unterstützen wir den vom DGB und den Handwerkskammern mitgetragenen Modellversuch, jungen Menschen ohne Abitur auch ohne



die bisher erforderliche dreijährige Berufserfahrung den Zugang zu einer Hochschule zu ermöglichen.“ Dies sei allerdings nur ein kleiner Baustein zu besserer Durchlässigkeit im Bildungssystem. „Wer mehr jungen Menschen die Wahl zwischen Ausbildung und Studium oder eine Kombination beider Wege zu erleichtern und öffnen will, kann nicht darüber hinwegsehen, dass die horizontale Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem bis zum ersten Schulabschluss nur auf dem Papier steht.“

ADERLASS IN DER JUSTIZ

Den personellen Aderlass in der hessischen Justiz unter Verantwortung der CDU-geführten Landesregierung sieht die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Heike Hofmann** als Ursache für Vollzugsdefizite, die dringend abgebaut werden müssten.



In der Antwort auf eine Regierungserklärung der hessischen Justizministerin betonte sie, dass Sicherheit eines jeden Einzelnen ein Menschenrecht sei. „Eine Politik

der öffentlichen Sicherheit muss Gefahren erkennen und wirksam bekämpfen, aber zugleich rechtsstaatliche Grundsätze und Freiheitsrechte wahren.“

Die SPD lasse nicht zu, dass feige Attentate unsere Demokratie und unsere gemeinsamen Werte zerstörten. „Wir wollen und werden in einer offenen, toleranten, freien Gesellschaft leben. Wir wollen so viel Sicherheit wie nötig und so viel Freiheit wie möglich für den Einzelnen.“

Polizei und Justiz könnten ihre wichtige Aufgabe nur mit ausreichendem Personal erfüllen, das

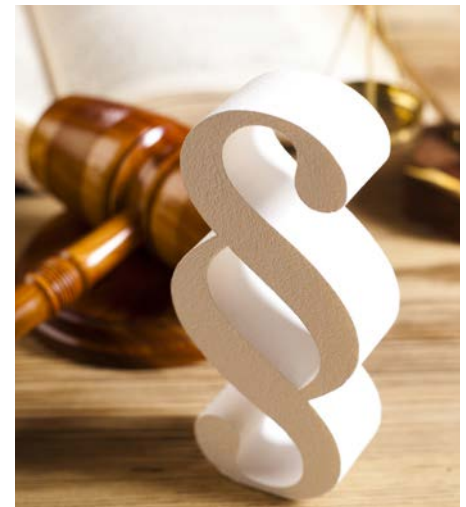


FOTO: SEBASTIAN DUDA - FOTOLIA

gut ausgebildet und hochmotiviert sei. „Die Justiz war jahrelang ein ‚Steinbruch‘ dieser Landesregierung. Seit 2003 wurden 1200 Stellen gestrichen“, kritisierte Hofmann.

GERECHTE BESTEUERUNG

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Norbert Schmitt**, sieht die Erbschaftsteuer als Instrument zur Korrektur der ungerechten Vermögensverteilung.



„Die Neuregelung der Erbschaftsteuer im vergangenen Jahr war eine schwierige Geburt.“ Schmitt bezog sich auf das Minderheitenvotum des Bundesverfassungsgerichts von 2014. Dort sei festgestellt worden, dass die Erbschaftsteuer ein wichtiger Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit sei. Die Erbschaftsteuer diene deshalb nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern sei zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in den Händen weniger kumuliere und allein aufgrund von Herkunft unverhältnismäßig anwachse.

HILFERUF DER GEMEINDEN

Grundsteuererhöhungen in hessischen Kommunen sieht der SPD-Abgeordnete **Gerald Kummer** als einen „Hilferuf der Gemeinden“, weil sie finanziell sonst ihre



Pflichtaufgaben nicht erfüllen können. Die Verantwortung dafür trage die Landesregierung mit ihrer unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen. Deshalb halte die SPD nichts vom FDP-Vorschlag eine Begrenzung einzuführen. „Würde die schwarz-grüne Landesregierung den Kommunen ausreichend Geld zur Verfügung stellen, müssten diese keine kommunalen Steuern erhöhen und könnten sie sogar wieder senken.“ Ohne Not werde kein ehrenamtlicher Gemeindevertreter für eine Grundsteuererhöhung stimmen, da er sich tagtäglich dafür vor den Bürgern rechtfertigen müsse.

FAKTEN GEGEN RHEINBRÜCKE

Auf Ablehnung stößt der Vorschlag, eine neue Rheinbrücke zwischen Rheinland-Pfalz und dem Rheingau zu planen. Der Landtagsabgeordnete aus dem Rheingau-Taunus-Kreis **Marius Weiß**



sagte, dass „alle Fakten, die gegen eine Realisierung dieser Brücke sprechen, bereits auf dem Tisch liegen.“ Dabei sei der hohe finanzielle Aufwand nur ein Aspekt neben vielen weiteren Punkten. „Wir sind klar gegen eine Rheingau-Autobahn, die sehr wahrscheinlich neue Verkehrsprobleme hervorruft, statt vorhandene Probleme zu lösen. Die B42 ist schon sehr stark befahren und eine Rheinbrücke würde die prekäre Verkehrslage im Rheintal weiter verschärfen.“ Außerdem sei die Rheinbrücke aus naturschutzfachlicher Sicht außerordentlich kritisch zu beurteilen.